

10 April 2002

# europarot

Infoblatt der  
Delegation der PDS  
in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament



**Reformkonvent konstituiert**

## Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union gestalten

**Von Sylvia-Yvonne Kaufmann,  
MdEP und Mitglied des Konvents**

Am 28. Februar hat sich in Brüssel der Europäische Konvent mit 105 Abgeordneten und Regierungsvertretern aus allen EU-Mitgliedstaaten und Beitrittskandidatenländern konstituiert. Er soll Vorschläge für eine umfassende Reform der EU erarbeiten und einen Verfassungsprozess einleiten. Um die Europäische Union zukunftsfähig zu machen, sollen die EU-Verträge in einen lesbaren Text überführt und die Grundrechtecharta Kern einer europäischen Verfassung werden. Weitere Politikbereiche wie Justiz und Inneres sollen vergemeinschaftet und im Rat weitestgehend Mehrheitsentscheidungen eingeführt werden. Das Europaparlament muss zur EU-Politik das volle Mitentscheidungsrecht und die nationalen Parlamente müssen mehr Mitgestaltungs- und Kontrollrechte erhalten. Gestärkt werden muss vor allem die soziale Dimension der Gemeinschaft, denn die EU als eine „Markt- und Geld“-Union ist nicht zukunftsfähig. Um sie zu einer Sozial- und Beschäftigungsunion zu machen, ist außerparlamentarischer Druck von Nöten.

Zu regeln sind die Kompetenzen zwischen Union und Mitgliedstaaten. Dabei geht es um die künftige Machtverteilung sowohl zwischen Rat, Kommission und Europaparlament als auch zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten, und somit um Machtfragen. Damit gegensätzliche nationalstaatliche Interessen nicht wieder die Oberhand erlangen, muss die europäische

Einigung unumkehrbar werden. Konventspräsident Giscard d'Estaing erklärte dazu in seiner Eröffnungsrede, „dass die politischen Entscheidungsträger und die Bürger ein starkes und deutliches Zugehörigkeitsgefühl zu Europa entwickeln und gleichzeitig die natürliche Verbundenheit mit ihrer nationalen Identität bewahren (müssen)“.

Der Konvent wird öffentlich tagen. Alle offiziellen Dokumente sind per Internet zugänglich. Beginnen wird der Konvent mit einer Phase des Zuhörens, damit Verbände, Bewegungen, Organisationen sowie Bürgerinnen und Bürger ihre Vorstellungen über Europas Zukunft darlegen können. Auch die Leserinnen und Leser von europarot sind eingeladen, sich daran zu beteiligen.

Konvent: Forum Zivilgesellschaft:  
[http://www.europa.eu.int/futurum/forum\\_convention/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/futurum/forum_convention/index_de.htm)

### Europäische Agrarpolitik auf dem Prüfstand

Die Agrarpolitik muss stärker auf den Konsumenten, die Umwelt und den ländlichen Raum ausgerichtet werden. Erstens sind seit 20 Jahren fast alle Agrarmärkte Nachfragemärkte. Schon längst steht nicht mehr die Frage, ob die Ernährung gesichert wird. Heute geht es mehr denn je um das „Wie“ der Ernährungssicherung. Der vorsorgende Gesundheits- und Verbraucherschutz muss Priorität erhalten. Zweitens gilt es, die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, in denen die positiven Umweltwirkungen der landwirtschaftlichen Produkti-

## USA-Atomwaffenpläne stoppen!

Wie aus einem Bericht des Pentagons zur Überprüfung der Atomwaffenpolitik hervorgeht, soll erstmals seit Beendigung des 2. Weltkrieges der Einsatz von konventionellen und Nuklearwaffen vermisch werden. Kommandeure der Streitkräfte sollen sogar selbst entscheiden können, welche Waffen sie zur Lösung militärischer Aufgaben einsetzen.

Nach dem 11. September hatte Präsident Bush angekündigt, dass alle erforderlichen Waffen für den Anti-Terrorfeldzug zur Verfügung gestellt werden würden. Nunmehr sollen dazu auch Atomraketen, Atomgranaten und lasergesteuerte Nuklear-Mini-Bomben gehören. Als potentielle Zielobjekte werden Irak, Iran, Nordkorea, Libyen, Syrien, China und Russland sowie regionale Konfliktgebiete genannt.

Die bislang gültige „nukleare Erstschlagsdoktrin“ sieht vor, dass erst im Falle einer drohenden militärischen Niederlage aufgrund konventioneller Unterlegenheit Atomwaffen zum Einsatz kommen. Dieses Tabu wird nunmehr durchbrochen, indem Atomwaffen nicht mehr nur als strategisches Abschreckungspotential wirken sollen, sondern fortan gezielt als Angriffswaffe eingesetzt werden können.

Die weltweiten Folgen dieser neuen Atompolitik sind unabsehbar. Sie stellt das Völkerrecht in Frage und macht das Kriegsvölkerrecht zu reiner Makulatur. Nukleare Katastrophen sind programmiert. Deshalb müssen die Bush-Pläne sofort gestoppt werden. Es ist an der Zeit, dass die Europäische Union mit einer Stimme nachhaltig gegen US-Nuklearpläne auftritt.

Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP

on durch die von ihr im Zuge der Intensivierung ausgehenden Schädigungen von Boden, Wasser, Luft und Artenvielfalt überlagert wurden, nachhaltig umzukehren. Wissenschaft und Technik bieten die Voraussetzungen, dass die gesamte Landwirtschaft umweltgerechter produzieren kann. Drittens erfordert die stark verminderte und weiter rückläufige Bedeutung der Landwirtschaft für die wirtschaftliche Tragfähigkeit ländlicher Räume eine ganzheitliche sektorübergreifende ländliche Entwicklungspolitik.

Mehr dazu auf den Seiten 3-6 dieser Ausgabe

## Osterweiterung mit neokolonialen Zügen

# EU-Kommission legt diskriminierendes Konzept für Finanzierung der Osterweiterung vor

Von André Brie, MdEP

Ende Januar hat die Europäische Kommission ihr überarbeitetes Konzept für die Finanzierung der EU-Erweiterung vorgelegt. Auf dessen Grundlage soll die Brüsseler Verhandlungsposition für die Kapitel Landwirtschaft, Strukturpolitik und Haushalt in den Beitrittsverhandlungen festgelegt werden. Was jedoch von der Kommission als „faites und solides Angebot“ bezeichnet wird, ist in der Realität eine Strategie der Diskriminierung der osteuropäischen Kandidatenländer. Die Umsetzung des Kommissionspapiers droht, die wirtschaftliche Kluft zwischen alten und neuen Mitgliedern der Gemeinschaft zu ver-



tiefen und soziale Zerwürfnisse in den Beitrittsstaaten herauf zu beschwören. Vor allem aber wird zum ersten Mal in der Geschichte der EU ein Beitrittsprozess auf diskriminierenden Grundlagen realisiert. Was das mit der vielbeschworbenen „Überwindung der europäischen Spaltung“ zu tun hat, werden weder die Buchhalter in der EU-Kommission noch die Krämerseelen in den Regierungen beantworten können. (Besonders aktiv in dieser unrühmlichen Mission ist der deutsche Finanzminister Hans Eichel).

### Berliner Finanzplan geplatzt

Worum geht es? Der vom Europäischen Rat 1999 in Berlin festgelegte Finanzrahmen der Erweiterung sah für den Zeitraum 2002-2006 jährliche Beträge vor, die sich von 6.450 Millionen Euro (Mittel für Verpflichtungen) auf 16.780 Millionen erhöhen sollten. Bei den entsprechenden Mitteln für Zahlungen war eine Steigerung von 4.140 Millionen Euro im Jahr 2002 auf 14.220 Millionen Euro 2006 vor-

gesehen. Allerdings war dabei von einem Beitritt von nur sechs neuen Mitgliedstaaten ausgegangen und die Aufnahme bereits im Jahr 2002 erwartet worden. Da die Erweiterung nun aber voraussichtlich 2004 stattfinden wird und sich zehn Staaten um die EU-Mitgliedschaft bewerben, ist die Berliner Finanzplanung – die im Übrigen von der PDS schon bei ihrer Verabschiedung als unrealistisch eingeschätzt wurde – geplatzt.

### Gleichberechtigung vorenthalten

Die nun von Brüssel vorgeschlagene „Anpassung“ des Finanzrahmens macht die Beitrittsländer zu EU-Mitgliedern zweiter Klasse. Was bei früheren Erweiterungsrounds innerhalb Westeuropas selbstverständlich war, nämlich Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Anfang an, gilt offenbar für die osteuropäischen Staaten nicht. So sollen

- die ursprünglich für 2002 und 2003 vorgesehenen Mittel für Zahlungen nicht auf spätere Jahre verschoben werden, sondern verfallen;
- die Zuwendungen aus den europäischen Strukturfonds wegen „der begrenzten Absorptionsfähigkeit in den ersten Jahren nach dem Beitritt“ nicht in der für 2004-2006 anvisierten Höhe gezahlt, sondern an die ursprünglich für 2002 und 2003, geplanten sehr viel geringeren Beträge angepasst werden;
- die in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU vorgesehenen Direktzahlungen an Landwirte den osteuropäischen Bauern erst im Jahre 2013 in voller Höhe zugute kommen und beispielsweise 2004 nur 25 Prozent betragen.

In einer Frage allerdings sind die neuen EU-Staaten sofort den Altmitgliedern gleichgesetzt: Bei der Beitragspflicht zum Gemeinschaftshaushalt. Mit ihrer Aufnahme sollen sie jährlich etwa fünf Milliarden Euro zum Brüsseler Etat beisteuern.

### Probleme ignoriert

Damit nicht genug: Konsequenterweise werden in Brüssel auch die Probleme der Grenzregionen zu den Beitrittsländern. Obgleich die Osterweiterung die Regionen beiderseits der Grenzen zu den Kandidatenstaaten einem enormen strukturellen

Anpassungsdruck unterwirft, speist die Kommission diese Gebiete mit Brosamen ab. Ein Aktionsprogramm für die Grenzregionen, das von einem ganzheitlichen Ansatz ausgeht und auf nachhaltige Entwicklung setzt, fehlt nach wie vor. Nicht ohne Folgen wird die verfehlte Finanzplanung für die Erweiterung auch für die neuen deutschen Bundesländer bleiben. Alle ostdeutschen Länder werden derzeit als so genannte Ziel-1-Regionen (Durchschnittseinkommen pro Kopf unter 75 Prozent des Mittelwertes aller EU-Staaten) mit Mitteln aus den europäischen Strukturfonds unterstützt. Mit der Aufnahme wirtschaftlich schwächer entwickelter Staaten wird das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt der EU pro Kopf jedoch sinken – um 13 Prozent bei einem Übergang von 15 zu 25 Mitgliedstaaten. Die neuen Bundesländer liegen dann voraussichtlich über der 75-Prozent-Marke und fallen aus der Förderung heraus, ohne dass sich etwas an der ökonomischen oder sozialen Situation geändert hat. Die Fortsetzung mittel- und langfristig angelegter und von der EU geförderter Vorhaben ist damit akut gefährdet. Konkrete Vorschläge für Übergangsregelungen bzw. ein phasing out aber lassen auf sich warten.

Offensichtlich lässt sich die Europäische Kommission, die „Hüterin der EU-Verträge“, in der Frage der Finanzierung der Osterweiterung als Hüterin der (westeuropäischen) Besitzstände missbrauchen. „Für die jetzigen Mitgliedstaaten bedeutet das vorgeschlagene Konzept, dass sie keine weiteren finanziellen Belastungen durch die Erweiterung befürchten müssen“, betonte das für die Erweiterung zuständige Kommissionsmitglied Günter Verheugen denn auch bei der Vorstellung des Finanzkonzeptes. Wo aber das ebenfalls von ihm beschworene „hohe Maß von Solidarität“ der EU mit den osteuropäischen Beitrittskandidaten zu finden ist, weiß der Kommissar nur allein. Die Profiteure der Osterweiterung stehen dagegen längst fest: Die westeuropäischen Großkonzerne und Banken, allen voran die deutschen, die bereits jetzt in den mittel- und osteuropäischen Ländern einen gigantischen Handelsüberschuss und enorme Profite erzielen sowie einen Großteil der dortigen Unternehmen und Finanzhäuser aufgekauft haben. ■

# Viel agrarpolitische Bewegung im Europaparlament

Das Europäische Parlament hat am 12. März die Haushaltsleitlinien für 2003 debattiert und dabei gefordert, die Halbzeitbewertung der Agenda-2000-Beschlüsse für eine „umfassende Reform“ der EU-Agrarpolitik zu nutzen. Europarot sprach dazu mit der Agrarpolitikerin Christel Fiebiger.



Worum geht es dabei konkret?

**Christel Fiebiger** ■ Zunächst möchte ich feststellen, dass das Parlament in den letzten Monaten immer mehr zu einer treibenden Kraft für Veränderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik geworden ist. Zum Beispiel hat es deutliche Akzente in Sachen vorbeugender Verbraucherschutz, Futtermittel- und Lebensmittelsicherheit sowie beim Umwelt- und Tierschutz gesetzt. Unübersehbar ist das Bestreben des Parlaments, aus dem Schatten des Rates und der EU-Kommission herauszutreten. Davon zeugen qualifizierte Initiativen, aber auch die immer drängendere Forderung nach einem Mitentscheidungsrecht in allen Landwirtschaftsfragen. Es ist tatsächlich an der Zeit, dieses Demokratiedefizit zu überwinden. Hier hoffe ich auf den Konvent.

Die angesprochene Forderung zur Halbzeitbewertung sehe ich mit gemischten Gefühlen. Einerseits wäre es gut, wenn diese Bewertung zügig erfolgt und ihre Resultate noch in das Haushaltsverfahren für 2003 einfließen würden, zumal bei den Landwirten derzeit ein Klima der Verunsicherung herrscht, mit der Folge gebremster Aktivitäten, namentlich bei Investitionen. Angesichts der Flut immer neuer, meist unausgereifter Reformvorschläge – insbesondere aus dem Hause Künast –, die permanent modifiziert und korrigiert werden, ist das kein Wunder. Allerdings glaube ich nicht, dass die Zwischenbewertung so rasch, wie vom Parlament gewünscht, über die Bühne gehen wird. Schließlich stehen wir vor Wahlen in Frankreich und Deutschland. Andererseits bin ich ganz entschieden dagegen, aus einer Halbzeitbewertung eine umfassende Halbzeitreform machen zu wollen.

Soll denn alles beim Alten bleiben? – Auch im PDS-Europawahlprogramm von 1999 wird doch explizit eine Neubestimmung der Gemeinsamen Agrarpolitik verlangt.

**Christel Fiebiger** ■ Natürlich bedarf es einer grundlegenden Reform der EU-Agrarpolitik. Das ist unbestritten. Wichtig ist jedoch, mit welcher Zielsetzung und welchem Schrittmaß die Reform erfolgen soll und

kann. Hier sind die Signale aus einzelnen Mitgliedstaaten noch sehr unterschiedlich. Insbesondere stört mich, dass vornehmlich fiskalische Interessen (seitens Deutschlands die weitere Verbesserung der Nettozahlerposition) hinter der Forderung nach einer Halbzeitreform stehen. Konkret befürchte ich, dass man damit im elitären Kreis der 15 Mitgliedstaaten Tatsachen schaffen will, bevor die „armen“ Beitrittskandidaten in die EU aufgenommen werden. Ihre Integration auf Basis der Gleichberechtigung verbietet aber, ohne ihre Mitsprache und Mitentscheidung eine neue Agrarreform auf den Weg zu bringen. Ein „Friss Vogel oder stirb“ wäre weder fair noch demokratisch.

Zum anderen halte ich es auch für eine Zumutung, die geltenden Rahmenbedingungen für die derzeitigen EU-Agrarbetriebe mitten im Agenda-Zeitraum ändern zu wollen. Die Bauern würden zu Recht fragen, was die von den höchsten Repräsentanten der EU-Mitgliedstaaten gefassten Beschlüsse, die den Buchstaben nach bis Ende 2006 gelten, eigentlich wert sind. Die Politik sollte verlässlich und berechenbar sein. Was ich will, ist die Halbzeitbewertung („Mid-term-review“) der Marktordnungen Getreide, Ölsaaten, Milch und Rindfleisch sowie der Agrarausgaben der Agenda 2000 auf Basis der Berliner Beschlüsse. Danach hat die Kommission ihre Auswirkungen zu analysieren und je nach Marktentwicklung Vorschläge für eventuell erforderliche Korrekturen der Rahmenbedingungen zu unterbreiten. Und solche sind zweifellos erforderlich. Eine ganz andere Frage ist, dass es höchste Zeit wird, die konzeptionelle Arbeit auf EU-Ebene zu intensivieren, damit möglichst schon 2004 im erweiterten Mitgliederkreis die Weichen für die Agrarpolitik des neuen Agenda-Zeitraumes ab 2007 gestellt werden können. Hierfür – aber eben nicht für Schnellschüsse – ist die Ende Februar veröffentlichte Position der Bundesregierung zur Zwischenbewertung der Agenda 2000 durchaus anregend. Die PDS-Delegation in der GUE/NGL wird sich dazu konstruktiv-kritisch verhalten.

*Gut und schön, aber macht die Finanzierung der EU-Osterweiterung nicht doch eine Halbzeitreform notwendig?*

**Christel Fiebiger** ■ Gebraucht wird keine Halbzeitreform, sondern eine Revision der

Finanziellen Vorausschau; die Erweiterung ist unterfinanziert. Der EU-Haushalt liegt mit rund 20 Mrd. Euro unter der Grenze von 1,27 % des BSP. Soll die viel gepriesene gemeinschaftliche Solidarität nicht zur Worthülse verkommen, sind die Länder, auch „Sparkommissar“ Eichel, gefordert. Auch damit der Kommissionsvorschlag, wonach die Beitrittskandidaten erst 2013 bei den Direktzahlungen gleichbehandelt werden sollen (für 2004 ist der Einstieg mit nur 25% des Niveaus der „Alt“-EU vorgesehen), schnell vom Tisch kommt. Eine andere Frage ist, dass mehr Subsidiarität und Regionalität bei Direktzahlungen durchaus möglich wären, aber dann bitte für alle EU-Mitglieder.

Wie kann eine einzelne Abgeordnete die EU-Agrarpolitik beeinflussen?

**Christel Fiebiger** ■ Am wirksamsten über Fraktionsinitiativen, wenn man zu den Mehrheitsfraktionen gehört. Dazu zählt unsere Fraktion noch (!) nicht. Deshalb bemühe ich mich, durch Beiträge im Ausschuss und Reden im Plenum andere Abgeordnete des großen Parlaments mit Sachkunde für die eine oder andere Frage zu sensibilisieren. Ein profanes Mittel, sich zu positionieren, sind Anfragen an den Rat oder die Kommission sowie Änderungsanträge zu Entwürfen.

Zum Beispiel habe ich die Sorgen der deutschen Gärtner aufgegriffen, die im Unterschied zu ihren Berufskollegen in anderen EU-Ländern für rund 100 Anwendungsgebiete im Obst- und Gemüsebau bisherige Pflanzenschutzmittel nicht mehr einsetzen dürfen, obwohl alternative noch nicht verfügbar sind. Zwar war die Antwort der Kommission wenig ermutigend, aber die Gärtner wissen nun, dass sie sich zuallererst mit Berlin statt mit Brüssel auseinandersetzen müssen, damit infolge dieser Wettbewerbsverzerrung keine Produktion und keine Arbeitsplätze auf der Strecke bleiben. Auch ist zur Zeit noch ein Änderungsantrag von mir in der parlamentarischen „Pipeline“, mit dem ich Planungssicherheit bei der Kartoffelstärkeerzeugung für die nächsten drei Wirtschaftsjahre erreichen möchte. Für Deutschland ist das von besonderem Interesse. Das alles ist nicht spektakulär, aber auch kleine Steine im großen Mosaik der agrarpolitischen Auseinandersetzung sollte man nicht gering schätzen. ■



## EU-Förderung für ländlichen Raum zum Teil kontraproduktiv

Im Interview: Siegfried Mattner, Geschäftsführer des Oberhavel Bauernmarktes

*Macht sich die Zeit der leeren Kassen auch bei den europäischen Fördermitteln für den ländlichen Raum bemerkbar?*

**Siegfried Mattner** ■ Es kommt Geld aus Brüssel für uns Landwirte, und nicht wenig. Sicher, wie überall frisst die Verwaltung auch hier einen beträchtlichen Teil selbst auf, aber es stehen Gelder für die multifunktionale Entwicklung des ländlichen Raumes zur Verfügung. Diese Mittel kann jeder beim zuständigen Amt für Flurneueordnung und ländliche Entwicklung beantragen. Das ist auch notwendig, denn ohne diese Förderung könnten die Landwirte ihre gesellschaftliche Aufgabe nicht erfüllen.

*Trotzdem scheinen Sie nicht sehr glücklich.*

**Siegfried Mattner** ■ Während die EU derzeit einerseits regionale Kreisläufe fördert, streicht sie gleichzeitig die bisherige Förderung des regionalen Marketing. Brüssel vertritt die Meinung, dass für regionale Werbung auch die Region Gelder geben soll. Doch das Land Brandenburg ist mit dieser Aufgabe finanziell überfordert. Ohne Kofinanzierung aus Brüssel kann zum Beispiel pro agro – unsere Marketinggesellschaft für Bandenburg – keine Marketing-Projekte mehr fördern. Das trifft uns Direktvermarkter empfindlich. Gerade jetzt, wo durch BSE das Vertrau-

ensverhältnis zwischen Verbrauchern und Landwirten nicht gerade das Beste ist.

*Wenn es in Ihrer Macht stände, was würden Sie mit EU-Mitteln fördern?*

**Siegfried Mattner** ■ Oh, ich würde weniger Geld für Flächenstillegungen bezahlen. Felder, die über Jahre nicht bestellt werden, verwildern. Trostlose Flächen rund um die Ballungsgebiete würden entstehen. Das wäre für Städter wie Dörfler gleichermaßen schlimm. Denn nur die Einheit aus gesunder Umgebung und gesunder Stadt ist Erfolgsgarant für eine erfolgreiche Entwicklung der Gesellschaft.

Ich würde lieber Gelder in Wirtschaftskreisläufe stecken, die irgendwann zu Selbstläufern werden. Dazu gehört zweifellos die Tierproduktion mit einer hohen Wertschöpfung. Gerade in Gegenden, in denen die Böden nicht so qualitativ hochwertig sind, ist sie mit ihrer Veredlung der pflanzlichen Erträge die einzige Chance für die Landwirte. Doch besagte Förderung der Ackerflächen verführt heute zum Teil zur Abschaffung der Tierbestände. Hier sollte die EU ihre Förderung möglichst schnell überdenken. Jeder Landwirt weiß, dass sich gesunde Viehbestände nicht von heute auf morgen wieder regenerieren lassen. Und eine Landwirtschaft ohne Tiere?

*Was wäre aus Ihrer Sicht noch wichtig?*

**Siegfried Mattner** ■ Die EU muss federführend in einer europaweiten Ökologisierung der Landwirtschaft sein. Es gilt ein Konzept dafür zu erarbeiten und Gelder zur Verfügung zu stellen. In einem Europa ohne Wirtschaftsgrenzen hat es keinen Sinn, wenn einzelne Länder den Vorreiter spielen. Das bringt nur wettbewerbsverzerrende Ergebnisse für die eigenen Landwirte. Was macht es zum Beispiel für einen Sinn, wenn in Deutschland die Legebatterien verboten werden, die Verbraucher aber trotzdem die billigeren Eier aus anderen Ländern kaufen können? Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin gegen diese tierfeindliche Haltung von Geflügel, aber wenn wir wirklich etwas bewirken wollen, dann muss es europaweite Gesetze geben.

*Und wovon träumen Sie?*

**Siegfried Mattner** ■ Von einer Förderung, die für alle Landwirte die gleichen Chancen auf dem Markt anstrebt. Derjenige Bauer, der die schlechtesten natürlichen Bedingungen hat, müsste die größten Ausgleichszahlungen erhalten. Das wäre meines Erachtens für eine flächendeckende Landwirtschaft, die ja auch von der EU angestrebt wird, sehr dienlich.

Fragen: Gerlinde Schneider

## Chancen und Risiken liegen dicht beieinander

In Rosenhain diskutierte Hans Modrow mit Agrarpolitikern und Bauern

Von Merka Kosel

Je näher eine Gegend an der Ostgrenze der EU liegt, desto vielfältiger sind die Fragen nach den Chancen und Risiken der Erweiterung und desto ausgeprägter die Hoffnungen und Befürchtungen. Das erlebte auch Hans Modrow, MdEP, als er in Rosenhain, gelegen im sächsisch-polnisch-tschechischen Dreiländereck, mit annähernd 50 Landwirten ins Gespräch kam. Diskussionsstoff gab es vor dem Hintergrund der Osterweiterung allemal, Zündstoff für Politik und Gesellschaft diesseits und jenseits der Grenze nicht minder.

„Die soziale Lage in den Beitrittsländern wird sich in den nächsten Jahren sehr kompliziert gestalten“, betonte Modrow.

Die Probleme der Agrarpolitik werden dabei eine gravierende Rolle spielen. So wie in der Vergangenheit in und um Rosenhain selbst geschehen. Von den einst 124 Arbeitskräften sind gerade noch 34 übrig geblieben. Dies sind nur statistische Angaben zu einem Strukturwandel, der auch Industrie und Gewerbe heimsuchte. Man spricht von einer vergessenen, verlorenen Region mit einer Arbeitslosigkeit über 20 Prozent. Blüht eine solche Entwicklung auch den Beitrittsländern, wie wird sich das in den Grenzregionen auswirken und was sollte man dagegen halten?

Die Bilanz zur Halbzeit der Agenda 2000 weist recht deutlich aus, dass die Beitrittskandidaten nicht entsprechend vorbereitet sind. Aber auch Sachsen hat keine Kon-

zepte für Zusammenarbeit erstellt, wie es sich für gute Nachbarn gehört.

Zudem spürt man in den Landkreisen eine gewisse Ohnmacht in Gestaltungsfragen. Die Euroregionen – Rosenhain liegt in der Euroregion Neiße/Nisa/Nysa – klammern die Agrarpolitik eher aus als dass sie sich dem ländlichen Raum mit der Landwirtschaft widmeten. Die Kreistage haben kaum Handlungsraum. Landwirtschaftsausschüsse gibt es nicht. „Für den Kreistag ist der politische Zugriff zum ländlichen Raum zu schaffen und darüber hinaus auch für die Landwirtschaft“, forderte Modrow. Prof. Alexander Donner, der PDS-Fraktionschef, konstatierte: „Wir haben in keiner Weise Einfluss auf das Geschehen.“ Von einer „Verbehoördlichung der landwirtschaft-

# Diskussion mit einem Bauernverbandspräsidenten

Am 18. Februar 2002 diskutierten der Präsident des Landesbauernverbandes Mecklenburg/Vorpommerns, Gerd-Heinrich Kröchert, und Vorsitzende von Kreisbauernverbänden die Auftragsstudie der PDS-Delegation in der GUE/NGL-Fraktion über die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik mit dem Autor der Studie, Dr. Hans Watzek, und einem Vertreter des Auftraggebers. Diese Beratung wurde durch den Landesbauernverband angeregt.

Übereinkunft bestand, dass die Zusammenarbeit von Erzeugern, Vorleistern, Verarbeitern bis zum Verbraucher eines höheren Niveaus bedarf. Qualitätssicherung und „gläserne“ Produktion erfordern **Gemeinschaftsarbeit**, um Schwachstellen zu beseitigen und Verbrauchervertrauen zu entwickeln.

Zur **Halbzeitbewertung** der Agenda 2000 wurde übereinstimmend festgestellt: Wer diese zu einer „Halbzeitreform“ machen will, verkennt, dass verlässliche Rahmenbedingungen eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile Entwicklung der Agrarbetriebe sind. Immerhin haben die Bauern in Vertrauen auf die Politik ihre Betriebe entwickelt und dafür hohe Kredite aufgenommen. Anerkannt wurde, dass Reformbedarf besteht. Deshalb fand die PDS-Position Unterstützung, mit der Halbzeitbewertung die Grundrichtungen der Weiterentwicklung der GAP nach 2006 zu konzipieren.

Zur Überlegung der EU-Kommission, den Interventionspreis für Roggen zu senken bzw. die **Roggenintervention** abzuschaffen, wiesen die Verbandsvertreter darauf

hin, dass Roggen sowohl für Mecklenburg/Vorpommern als auch für die anderen ostdeutschen Länder – aber auch für das künftige EU-Mitglied Polen als weltgrößtem Roggenerzeuger – ein besonderes Problem ist. Aufgrund der leichten Böden wird in Mecklenburg/Vorpommern auf 25 % der Ackerfläche Roggen angebaut. Deshalb müssten Alternativen eröffnet werden. Z. B. geht es um bessere Bedingungen, damit der Roggen in Zukunft stärker als Futtermittel sowie als nachwachsender Rohstoff und Energiepflanze genutzt werden kann.

Über die Möglichkeiten **veränderter Rahmenbedingungen** nach 2006 gab es eine differenzierte Diskussion. Übereinstimmung bestand am Festhalten einer flächendeckenden Agrarproduktion, was ohne einen bestimmten Außenschutz und Direktzahlungen für Agrarbetriebe nicht funktioniert. Letztere sollten künftig nicht mehr nach Produkt und Tier, sondern funktionsorientiert, d. h. produktionsunabhängig, gewährt werden. Das öffentliche Verständnis, aus Haushaltsmitteln die Pflege der Kulturlandschaft zu vergüten, dürfte größer sein als wenn Erzeugnisse gestützt werden, die

zum Teil nur mit Exportsubventionen auf dem Weltmarkt absetzbar sind.

Diskutiert wurden Wege zur funktionsorientierten Förderung. Die von Ministerin Künast angestrebte **Grünlandprämie** sei für die milchproduzierenden Betriebe keine Lösung. Hochleistungskühe werden nicht mehr auf die Weide gebracht. Vernünftig sei deshalb eine Futterbauprämie *in der Rinderhaltung*, die auf Grünland und Ackerfutterfläche bezogen wird. Ziel sollte eine **einheitliche Flächenprämie** sein.

Zum Ausstieg aus der **Milchquotenregelung** gab es unterschiedliche Meinungen. Da kein Bereich so wenig wettbewerbsfähig sei wie die Rinderhaltung und Milchwirtschaft, plädierte die Mehrheit der Landwirte gegen die Abschaffung der Milchquotenregelung und für deren Ersetzung durch eine bessere.

Die Entwicklung des **ökologischen Landbaues** sollte nicht am Markt vorbei, sondern immer aus Sicht der Aufnahmefähigkeit des Marktes erfolgen – auch um die Einkommen der Ökobauern zu sichern. Ein neues ideologisches Leitbild „Ökolandbau“ würde nicht gebraucht. Weiterhin wird hauptsächlich die konventionelle Landwirtschaft die Bevölkerung versorgen. Der Schwerpunkt muss deshalb auf weitere Maßnahmen zur umweltgerechten Produktion in allen Betrieben gelegt werden.

Alleingänge der Bundesregierung bei der Veränderung von Rahmenbedingungen, Regeln und Standards, die einheitliche Wettbewerbsbedingungen verzerren, werden abgelehnt. Viel wichtiger sind Schritte zur EU-weiten Harmonisierung, insbesondere im Hinblick auf Agrardieselsesteuer, Pflanzenschutz und Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Die Entwicklung **ländlicher Räume** als zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik wird unterstützt. Für die Landwirtschaft sind lebensfähige ländliche Räume eine Voraussetzung und sie ist gleichzeitig auch ein entscheidender Faktor zur Erhaltung und Gestaltung ländlicher Räume. Eine Verlagerung finanzieller Fonds darf aber die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe nicht in Frage stellen.

Hans Watzek

lichen Arbeit“, sprach Dr. Wobst, der bei Zittau einen kleinen Ökobetrieb betreibt. „Wir machen nur noch Produktion nach Fördermitteln und nicht mehr nach landwirtschaftlichen Bedingungen“. Der Anpassungsprozess hat seine Brisanz. Sind in Westeuropa 3 bis 5 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, sind es in

Polen an die 28 Prozent. „Es wird sich erschwerend auswirken, dass die Agrarpolitik der EU stets ihren Bezugspunkt im Markt und nicht in der Entwicklung vernünftiger, sozial und ökologisch fundierter Strukturen sieht“, sagte Modrow. Die Problemfülle verführte indes nicht zur Resignation. Eher im Gegenteil: Zum Mitgestaltungswillen. ■





Christel Fiebiger im Gespräch mit Dr. Erika Rabenhorst, ILB Brandenburg

Am 31.01.2002 fand im polnischen Gorzów ein Diskussionsforum mit über 120 polnischen und rund 100 deutschen Teilnehmern unter dem Motto „Gemeinsame Agrarpolitik – Investitionsförderung in der Landwirtschaft unter Berücksichtigung des EU-Beitritts Polens“ statt. Veranstalter waren die InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) und die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (TWG). Die Veranstaltung wurde von der EU mit 50% gefördert. Erste von sieben Referenten war die PDS-Europaabgeordnete Christel Fiebiger.

Überschattet wurde das Forum von der erst am Vortag bekannt gewordenen EU-Position zu den Direktzahlungen an Landwirte. Danach sollen Bauern der Beitrittsländer im Jahre 2004 nur 25% des Niveaus der „Alt-EU-Länder“ erhalten und erst 2013 die 100% erreichen.

Scharf setzte sich damit Józef Zych, Sejmabgeordneter (Bauernpartei PSL) und einstiger Sejm-Marshall, auseinander. Er prangerte die Doppelmoral der EU-Kommission an. Einerseits wolle sie den neuen Mitgliedstaaten verbieten, die Brüsseler Agrarhilfen mit nationalen Zahlungen über das EU-Niveau aufzustocken, um Wettbewerbsverzerrungen für die derzeitigen EU-Landwirte zu vermeiden. Andererseits nehme sie die für polnische Bauern diskriminierenden Wettbewerbsverzerrungen in Kauf. Andere Redner wiesen darauf, dass polnische Landwirte nicht nur weniger erhalten sollen, als ihre Kollegen in den alten Mitgliedstaaten, sondern auch weniger als sie derzeit erhielten. Das würde kaum EU-Begeisterung bei der Landbevölkerung für das Referendum über den EU-Beitritt auslösen. Hinzu käme, dass 70% der in der Landwirtschaft Tätigen nicht für den Markt produzierende Subsistenzlandwirte – faktisch also nicht registrierte Arbeitslose wären.

## Deutsch-polnisches Diskussionsforum mit viel Emotionen

Das zweite große Thema war die Bodenfrage nach dem Motto: „Soviel Boden wir in den Händen haben, so viel Heimat haben wir“. Es gab Befürchtungen, dass polnischer Boden zu Spottpreisen durch fremdes Kapital aufgekauft würde. Deshalb sei eine Übergangsregelung unabdingbar. Fiebiger unterstützte diese Forderung. Tatsächlich sollen bereits rund 500 Bauern aus EU-Staaten, insb. Holländer, Land gepachtet haben. Die tatsächliche Zahl dürfte erheblich höher liegen. So bewirtschaften Deutsche als Pächter allein in der an Brandenburg angrenzenden Woiwodschaft Lebus Land bereits über 8000 Hektar. Auch wurde die Sorge laut, dass Vertriebenenverbände nach dem EU-Beitritt Polens auf Grundstücksrückgabe klagen könnten.

Wolfgang Jahn

### Aus der Rede von Christel Fiebiger

- Die GUE/NGL setzt sich im Europäischen Parlament dafür ein, dass die Aufnahme der Republik Polen so zügig und so gut wie möglich und vor allem gleichberechtigt erfolgt. ... Es geht nicht, zwei unterschiedliche Formen der Agrarpolitik zu installieren. Eine Zwei-Klassen-EU ist mit uns nicht zu machen.
- Die EU-Erweiterung wird mit neuen Interessenkonflikten in der Alt-EU verbunden sein. Deshalb muss die Reform der EU-Politiken und die EU-Erweiterung zusammen gedacht und als Einheit gelöst werden.
- Politisch stellt sich die Frage, was die wiederholte Zusage der Mitgliedstaaten, einen maximalen Beitrag zur Gemeinschaft in Höhe von 1,27 % des Bruttosozialproduktes (BSP) zu leisten, eigentlich Wert ist. Immerhin lässt die derzeitige Vorausschau mit nur zu 1,09% im Jahre 2006 eine beträchtliche Marge offen. Sie sollte im Interesse eines guten Gelingens der EU-Integration der MOEL auch ausgeschöpft werden.
- An den Beitritt sollte nüchtern, kritisch und ohne Illusionen herangegangen werden. ... So hat die EU-Kommission jüngst festgestellt, dass Polen unter der Bedingung, dass es sein starkes Wirtschaftswachstum von derzeit rund 4,5% beibehalten kann, im Jahre 2020 (!) das durchschnittliche Bruttonettoprodukt der EU erreichen würde.

- Die drei Schlüsselfragen im Agrarbereich sind die Direktzahlungen, Produktionsquoten und Übergangsregelungen.
- Ich bin für Direktzahlungen an den polnischen Bauern, denn es geht nicht an, dass dieser für einen Doppelzentner Raps nur den Erzeugerpreis erhält, während seinem deutschen Berufskollegen noch die Flächenprämie drauf gepackt wird. Damit schließe ich nicht zeitweilige Unterschiede bei den Direktbeihilfen zwischen EU-Alt- und Neumitgliedern aus, falls dadurch vernünftige Übergangsmaßnahmen auf anderen Gebieten möglich werden.
- Ich widerspreche dem Argument, dass Direktzahlungen zu überhöhten Bauereinkommen gegenüber anderen Bevölkerungsschichten führen würden. Denn das Einkommen der polnischen Landbevölkerung, das wesentlich von den Landwirten bestimmt wird, liegt bei nur 38% der Stadtbevölkerung. 1989 lag es noch bei 102% des städtischen Durchschnitts.
- Von den Produktionsquoten hängt mit die Höhe der Einkommen ab. Die Schlüsselfrage ist hierbei die Bemessungsgrundlage. ... Basis kann weder die Phase, in der die Landwirtschaft künstlich subventioniert wurde, noch die Phase des Produktionszusammenbruches sein. Vielmehr braucht Polen einen Entwicklungsspielraum. Dieser darf jedoch nicht zu einer neuen Welle der Überschussproduktion in der EU führen. Das würde zu mehr Haushaltsausgaben für Stützkäufe, Exportsubventionen und Lagerkosten führen. Und genau das wird nicht mehr akzeptiert – weder haushaltspolitisch noch von der europäischen Öffentlichkeit.
- Wichtig ist die beschleunigte Modernisierung der Verarbeitungsindustrie. Die Zukunft ist nicht der Export von Futtermitteln, sondern wenn aus Futtermitteln Schinken gemacht wird. Das sichert eine höhere Wertschöpfung und zweifach Arbeitsplätze, in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelindustrie.

„Die Europaabgeordnete Christel Fiebiger (PDS) sagte, Polen dürfe sich nicht nur auf die Subventionszahlungen konzentrieren. Bisher gebe es im Nachbarland noch keine schlüssige Strategie für die notwendige Umstrukturierung des ländlichen Raums.“

Märkische Oder Zeitung, 2. 2. 2002



Die Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI) wurde am 11. Oktober 1998 als Ergebnis der Spaltung der Partei der Kommunistischen Wiedergründung (Rifondazione Comunista, PRC) gegründet, die wiederum Produkt des Auseinanderbrechens der früheren KPI war. Spaltungsgrund war der Streit über die parlamentarische Unterstützung der damaligen Mitte-Links-Regierung. Während der damalige Präsident der PRC, Armando Cossuta, in den Mittelpunkt seiner Politik die Tatsache stellte, dass in Italien Berlusconi, damals wie heute die schlimmste Version des Neoliberalismus repräsentiert, Fini der rechtmäßige Erbe der Faschisten ist und die Politik der Lega Nord rassistisch und fremdenfeindlich ausgerichtet ist, sah Fausto Bertinotti im Kampf gegen die Rechtskräfte nicht diese Priorität. Er richtete seine Kritik vielmehr auf die Mitte-Links-Koalition. Armando Cossuta bestand hingegen darauf, die Verhandlungen mit der Regierung aufrechtzuerhalten gegen einen wachsenden demagogischen Maximalismus, der die Interessen der untersten sozialen Klassen aus den Augen verliert. Die Spaltung wurde am 5. Oktober 1998 Realität als, unter dem Jubel der Abgeordneten der Rechten, eine einzige Stimme, abgegeben von einem Abgeordneten der PRC, genügte, um den damaligen Ministerpräsidenten Prodi zum Rücktritt zu zwingen.

Der Marxismus, die Entwicklung seiner Kultur, und seiner Geschichte als auch die Erfahrungen der einstigen Kommunistischen Partei Italiens, die Prinzipien des antifaschistischen Kampfes und jene der Verfassung, das sind die Bezugspunkte der heutigen Partei der Italienischen Kommunisten, die das Ziel verfolgt, den Kapitalismus zu überwinden und die Gesellschaft zu verändern. Die Partei der Italienischen Kommunisten ist die Partei, die „der Ansicht ist, dass die Revolution nicht überflüssig geworden ist, noch dass sie einen bloßen geschichtlichen Bezugspunkt darstellt oder eine Flagge, die man hochhält. Wir haben die Welt von Grund auf zu ändern: Deshalb brauchen wir eine Kommunistische Partei, die in der Lage ist, Politik statt Propaganda zu machen“, so Armando Cossuta. Anknüpfend an die besten Traditionen der italienischen Kommunisten, entstand die Partei als eine politische

Kraft, die bereit ist, sich der Verantwortung zu stellen, das Land zu regieren, um damit die Interessen der Massen und Arbeiter zu sichern.

Die Linke innerhalb des Mitte-Links-Bündnisses des Olivo vertretend, und dies sogar in der Regierung, kämpft sie für die Durchsetzung einer friedlichen Politik. Aus diesem Grund stimmten die PdCI-Abgeordneten gegen den Kriegseinsatz in Jugoslawien, im Widerspruch auch zur damaligen Mitte-Links-Regierung. Die PdCI unterstrich damit ihre Ablehnung kriegerischer Mittel zur Lösung internationaler Konflikte.

Die Partei verteidigt die arbeitende Klasse, sie dringt auf grundlegende Reformen, die deren Interessen verteidigt und wehrt dabei die Attacken der Rechten erfolgreich ab. Eine besondere Bedeutung hat für die PdCI die Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung und die Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit in der Produktion. In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik fordert sie eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, höhere Renten und den Erhalt des öffentlichen Sektors in den Bereichen Gesundheit, Elektrizität, Transport, Post und Schulen.

### Die politische Rolle der PdCI

Die PdCI besetzt in der politischen Linken eine zentrale Position. Die Ende 1998 ins Amt gekommene, von Massimo D'Alema geführte, Regierung war die erste, in der zwei Kommunisten Minister waren. Es kam nicht nur der Ministerpräsident selbst aus der KPI, zwei Minister waren sogar stolz darauf, noch heute Kommunisten zu sein: Oliviero Diliberto war in der Regierung Justizminister und Katia Bellillo Ministerin für Regionale Angelegenheiten.

In Bündnis des Olivo versucht die PdCI die Einheit der Linken zu stärken, indem sie eine Konföderation der Linkskräfte vorschlägt. Dieser Vorschlag richtet sich an

die DS (die italienische Sozialdemokratische Partei) die Grünen, an die Rifondazione Comunista und an die Italienische Sozialistische Partei.

Auf dem zweiten Parteitag vom 15. bis 19. Dezember 2001 beschloss die PdCI erstmals, ihre Gremien zukünftig paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen. Damit ist die PdCI die erste Partei des Landes, die die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern auf allen Ebenen realisiert. Zweitens, die Partei zu regionalisieren.

Wie einst Palmiro Togliatti sagte, ist die PdCI der Ansicht, dass wir, „obgleich wir brillant analysieren und brandmarken können, uns nicht damit zufriedengeben dürfen. Wir müssen vielmehr eine Lösung für all unsere nationalen Probleme bieten. Wir arbeiten nicht in unserem eigenen Interesse, vielmehr brauchen wir im Interesse Italiens eine große und starke Kommunistische Partei. Wir wollen diese Partei schaffen.“



### Europapolitische Vorstellungen

Die PdCI ist der Ansicht, dass die Europäische Union die Frage ihres „demokratischen Defizits“ lösen muss. Aus diesem Grund fordert die Partei die Einberufung einer Konstituierenden Versammlung, die einen Vorschlag für eine Verfassung der Europäischen Union ausarbeiten soll. In nationalen Referenden sollen die Mitgliedsländer diese Verfassung dann annehmen. Die PdCI unterstützt die Arbeit des Konvents. Die PdCI sieht in der Europäischen Grundrechtecharta einen Erfolg in einer Zeit, die von neoliberaler Ideologie geprägt ist.

„Wir treten für eine Europäische Union ein, die als Friedenskraft in der Welt die Dominanz der USA zurückdrängt, die NATO kontrolliert und zur Lösung internationaler Auseinandersetzungen beiträgt.“

*Edoardo Ferrara*

*Übersetzung: Andreas Wehr*

### Die Europaabgeordneten der Partei der Italienischen Kommunisten

**Armando Cossuta** ■ langjähriges Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens, dort u.a. Mitglied des Präsidiums und des Parteivorstandes von 1959-1986, Landesvorsitzender von Rifondazione Comunista von 1992-1998, seit 1998 Vorsitzender der Partei der Italienischen Kommunisten, seit 1994 Mitglied der Italienischen Abgeordnetenkammer, im Europäischen Parlament Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen

**Lucio Manisco** ■ Journalist, Mitglied des Parteivorstandes von Rifondazione Comunista bis 1998, seit 1998 im Vorstand der Partei der Italienischen Kommunisten, im Europäischen Parlament Mitglied im Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport.

## kurz &amp; bündig

**Auf der Suche nach Antworten auf die Fragen der Zeit**

Der Fraktionsvorstand der GUE/NGL tagte in Barcelona

In Vorbereitung des Gipfeltreffens der Europäischen Union unter der spanischen Präsidentschaft am 14./15.3.02 in Barcelona hielt der Fraktionsvorstand auf Einladung der spanischen Izquierda Unida (IU) am 4. und 5. März eine Beratung in Barcelona ab. Dabei ging es vor allem um die auch während des Gipfels zur Debatte stehenden Fragen, wie den Euro, den Stabilitätspakt und die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, des Rentensystems und die Kontrolle der Lissaboner Beschlüsse, die Liberalisierung des Öffentlichen Dienstes und die Zukunft der Öffentlichen Dienste: Energie, Transport und Bildung.

Abgeordnete und spanische Experten versuchten, die Positionen linker Politik zu formulieren. So unterstrich Salavdor Jové (IU) die Notwendigkeit, in Zeiten einer wirtschaftlichen Rezession die Ausweitung des öffentlichen Defizits als antizyklische Maßnahme einer nationalen oder europäischen Wirtschaftspolitik beizubehalten. Die monetäre Stabilität könne nicht als einziges Ziel der Wirtschaftspolitik gelten. Die Europäische Union brauche vielmehr einen Pakt für Wachstum und Beschäftigung, die die reale Integration der europäischen Wirtschaften verstärken wird. In gleicher Richtung argumentierte der ehemalige griechische Notenbankchef Dimitrios Koulourianos (Synaspismos), der betonte, dass die Wirtschaftspolitik nur ein Instrument der Wirtschaftspolitik sei, das zudem nicht alle Probleme der Wirtschaftspolitik der EU lösen könne. Helmut Markov (PDS) fügte hinzu, dass für Linke der bessere Ansatz in der Forderung nach einer Harmonisierung der Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitiken liege.

Die fehlenden Fortschritte im Kampf zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung wurden von Ilda Figueredo (KP Portugal) kritisiert. Darüber hinaus würden viele Regierungen den Stabilitätspakt als Vorwand nehmen, um unter dem Aushängeschild der Reform die Sozialleistungen zu reduzieren und den Druck auf Arbeitslose zu erhöhen, jegliche angebotene Arbeit anzunehmen. Angesichts von Armut und sozialer Ausgrenzung sei es nötig, einheitliche Indikatoren in der EU anzunehmen, die es ermöglichen, die Ungleichheit der Situation in den

einzelnen Mitgliedsländern aufzuzeigen. Man brauche nur daran zu denken, dass die Armutsschwelle offiziell bei 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung definiert ist. Der Ausgangswert in Portugal beträgt 2.000 Euro, in Luxemburg hingegen 13.000 Euro!

Der spanische Experte Prof. Recia verglich die EU mit den USA im Hinblick auf die Pro-Kopf-Produktion und die dafür benötigte Arbeitszeit. Dabei führte er aus, dass die EU zwischen 77 und 80 Prozent des Durchschnitts der USA bei der Produktion erreiche, im Hinblick auf die dafür benötigte Arbeitszeit aber viel besser abschneiden würde, da die entwickeltsten Länder, wie z.B. Deutschland, mit weniger Arbeitszeit zu den gleichen Ergebnissen kommen wie die USA. Eine Debatte über die notwendige Dauer der Arbeitszeit sei also in linker Wirtschaftspolitik durchaus angebracht.

Thomas Raeck

**Türkei muss Menschenrechte achten**

Verbotsverfahren gegen die prokurdische Partei HADEP noch nicht vom Tisch

Im Januar 1999 wurde gegen die prokurdische Partei HADEP ein Verbotverfahren wegen angeblicher Kontakte zur PKK eingeleitet. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit hat der HADEP-Vorsitzende Murat Bozlak am 1. März 2002 vor dem Verfassungsgericht in Ankara zu den Vorwürfen Stellung genommen. Die HADEP kann sich nach dieser einmaligen Anhörung nicht mehr verteidigen und muss das Urteil des Verfassungsgerichts abwarten.

Im Ergebnis einer Debatte im Europäischen Parlament haben sich am 27. Februar alle Fraktionen, der Rat und die Kommission in einer gemeinsamen Resolution gegen das Verbot von HADEP ausgesprochen. In der Entschließung begrüßt das Europäische Parlament die Verfassungsänderungen zur Aufhebung des Verbots von Minderheitensprachen und fordert die Respektierung der Zivilrechte der Kurden und eine Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme in der Südosttürkei. Dies ist besonders wichtig, denn die legitimen Rechte der Kurden müssen endlich von der Türkei garantiert werden. Ein Beitritt in die EU ist nur möglich, wenn die Türkei diesen Verpflichtungen nachkommt.

Im Namen der GUE/NGL-Fraktion habe ich die sofortige Aussetzung des Verfahrens gegen die HADEP gefordert. Wenn

## I M P R E S S U M

## Europäisches Parlament



Herausgegeben von der PDS-Delegation in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Rue Wiertz,  
ASP 09 G 206,  
B-1047 Brüssel,  
Belgien  
<http://www.pds-europa.de>

V.i.S.d.P. Sylvia-Yvonne Kaufmann  
Redaktionsschluss: 22. März 2002

Satz & Gestaltung: Michael Pickardt  
Druck: Druckhaus Schöneeweide  
Auflage: 43.000

die HADEP verboten wird, wäre dies ein Rückschlag für die Demokratie. Damit würde die Türkei auf ihrem Weg nach Europa in die falsche Richtung marschieren.

Der Weg dahin ist noch lang, denn die Menschenrechtssituation hat sich in der Türkei keineswegs verbessert. Ich begrüße zwar die Verfassungsänderungen, doch bleiben sie weit hinter meinen Erwartungen zurück. Die Todesstrafe wurde zwar eingeschränkt, aber noch immer nicht abgeschafft. Hinzu kommt, dass die türkischen Politiker bei der Umsetzung der Verfassungsänderungen wenig Eifer zeigen. An den türkischen Hochschulen darf zwar Arabisch, Englisch, Deutsch und Chinesisch gelehrt werden, aber Kurdisch, die Muttersprache von 12 Millionen Menschen, bleibt im Erziehungswesen verboten. Mehr als 10.000 Studenten, die von ihrem in der Verfassung garantierten Recht Gebrauch machten und mit Petitionen die Zulassung des Kurdischen forderten, müssen nun mit Strafverfahren rechnen. Sie werden wegen Separatismus angeklagt. Zu einer friedlichen und politischen Lösung der Kurdenfrage gehört aber die Aufhebung des Sprachverbots und die Aufnahme von Kurdisch als Unterrichtsfach in den Studienplan. Die Kriterien von Kopenhagen schließen das Recht auf muttersprachlichen Unterricht und den Gebrauch eigener Medien mit ein, und sie müssen eine unverhandelbare Beitrittsbedingung sein.

Felekna Uca, MdEP